

Schriften zum Völkerrecht

Band 244

**Südtirols
Minderheitenschutzsystem**

**Grundlagen, Entwicklungen und aktuelle Herausforderungen
aus völker- und verfassungsrechtlicher Sicht**

Von

Matthias Haller



Duncker & Humblot · Berlin

MATTHIAS HALLER

Südtirols Minderheitenschutzsystem

Schriften zum Völkerrecht

Band 244

Südtirols Minderheitenschutzsystem

Grundlagen, Entwicklungen und aktuelle Herausforderungen
aus völker- und verfassungsrechtlicher Sicht

Von

Matthias Haller



Duncker & Humblot · Berlin

Die Rechtswissenschaftliche Fakultät der Universität Innsbruck
hat diese Arbeit im Jahre 2020 als Dissertation angenommen.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in
der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten
sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Alle Rechte vorbehalten
© 2021 Duncker & Humblot GmbH, Berlin
Satz: 3w+p GmbH, Rimplar
Druck: CPI buchbücher.de gmbh, Birkach
Printed in Germany

ISSN 0582-0251
ISBN 978-3-428-18229-9 (Print)
ISBN 978-3-428-58229-7 (E-Book)

Gedruckt auf alterungsbeständigem (säurefreiem) Papier
entsprechend ISO 9706 ☼

Internet: <http://www.duncker-humblot.de>

Vorwort

Die vorliegende Arbeit ist eine überarbeitete und gekürzte Fassung meiner an der Universität Innsbruck verfassten Dissertation, die mit dem Franz-Gschnitzer-Preis 2020 und mit dem Preis für Föderalismus- und Regionalforschung 2020 ausgezeichnet wurde.

Für das Gelingen der Arbeit bin ich zahlreichen Personen zu Dank verpflichtet, von denen ich hier nur einige namentlich erwähnen kann. Mein Dank gilt zunächst Herrn Univ.-Prof. Dr. Walter Obwexer, der mir als Erstbetreuer und Erstgutachter stets mit gutem Rat zur Seite stand, mit seinen wertvollen Impulsen und Anregungen wesentlich zum Erfolg meiner Arbeit beigetragen und zudem auch meine Denk- und Arbeitsweise mitgeprägt hat. Dasselbe gilt auch für meine Zweitbetreuerin, Frau Univ.-Prof. Dr. Esther Happacher, LL.M., die meinen wissenschaftlichen Werdegang schon seit meiner erstmaligen Tätigkeit als studentischer Mitarbeiter begleitet und mir das wissenschaftliche Arbeiten von Grund auf beigebracht hat. Ihr bin ich daher zu ebenso großem Dank verpflichtet.

Bedanken möchte ich mich darüber hinaus auch bei Frau Prof. Dr. Elena D’Orlando, die das Zweitgutachten äußerst rasch erstattet hat, und bei Frau Univ.-Prof. Dr. Anna Gamper, die bei meinem Rigorosum als Vorsitzende des Prüfungssenats fungiert hat.

Meinen Kolleginnen und Kollegen an der Innsbrucker Rechtswissenschaftlichen Fakultät danke ich für den motivierenden Austausch in unzähligen Gesprächen, aus denen auch viele neue Ideen entstanden sind.

Ein großer Dank geht an die Dr.-Silvius-Magnago-Stiftung und deren ehemalige Präsidentin Rosa Franzelin-Werth für die Finanzierung einer einjährigen Projektstelle, ohne die diese Arbeit gar nicht entstanden wäre. Die Stiftung – und ihre derzeitige Präsidentin Dr. Martha Stocker – war auch so freundlich, eine Pressekonferenz und ein Seminar zu organisieren, in denen die wichtigsten Ergebnisse der Dissertation im Beisein von Herrn Landeshauptmann Mag. Arno Kompatscher und Herrn Botschafter Dr. Helmut Tichy vorgestellt wurden.

Auch dem Vizerektorat für Forschung der Universität Innsbruck möchte ich für die Zuerkennung eines Forschungsstipendiums bedanken, das es mir ermöglicht hat, mich mehrere Monate voll der Dissertation zu widmen.

Dem Verlag Duncker & Humblot danke ich für die Aufnahme der Arbeit in die Reihe „Schriften zum Völkerrecht“ und für die angenehme Zusammenarbeit bei der Drucklegung. Für großzügige Zuschüsse zu den Druckkosten dieses Buchs bedanke

ich mich bei der Helmuth-M.-Merlin-Stiftung und dem österreichischen Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten.

Rechtsquellen, Rechtsprechung und Literatur befinden sich auf dem Stand von Ende September 2020.

Florenz, im Oktober 2020

Matthias Haller

Inhaltsübersicht

Erster Teil

Einleitung	27
A. Eckdaten	27
B. Untersuchungsgegenstand	32
I. Völkerrecht	32
II. Innerstaatliches (Verfassungs-)Recht	36
C. Terminologie	40
D. Gang der Untersuchung	43
I. Grundüberlegungen zum Aufbau	43
II. Gliederung	44

Zweiter Teil

Grundlagen und Entwicklungen des Minderheitenschutzsystems bis 1992 47

A. Völkerrecht	47
I. Pariser Vertrag	49
II. Vertragsdurchführung	86
III. Streit um Vertragserfüllung: Eskalationsphase	106
IV. Streit um Vertragserfüllung: Verhandlungsphase	124
V. Paket und Operationskalender	136
VI. Völkerrechtliche Verankerung der Paket-Autonomie	154
B. Innerstaatliches (Verfassungs-)Recht	206
I. Allgemein-verfassungsrechtliche Grundlagen	207
II. System des Sonderstatuts	227

Dritter Teil

Entwicklungen des Minderheitenschutzsystems seit 1992 277

A. Innerstaatliches (Verfassungs-)Recht	277
I. Exkurs: Relevante Grundzüge der Verfassungsreform von 2001	278
II. Erweiterungen des Schutzniveaus von 1992	344
III. Änderungen des Schutzniveaus von 1992	370
IV. Einschränkungen des Schutzniveaus von 1992	378

B. Völkerrecht	401
I. Politische Vertretung der zwei Minderheiten Südtirols	402
II. Beziehungen zwischen Österreich und Italien	451
III. Völkerrechtliche Relevanz von völkerrechtlich nicht nachvollzogenen Erweiterungen des Schutzniveaus von 1992	468
IV. Völkerrechtliche Beurteilung von Einschränkungen des Schutzniveaus von 1992	472

Vierter Teil

Wiederherstellung des völkerrechtlich verankerten Schutzniveaus von 1992 477

A. Rechtliche Instrumente zur Durchsetzung der völkerrechtlichen Vorgaben	478
I. Schutzfunktion Österreichs	479
II. Völkerrechtliche Überwachungs- und Rechtsdurchsetzungsinstrumente	481
III. Pariser Vertrag und spätere Praxis als (indirekter) Prüfungsmaßstab für die Verfassungsmäßigkeit von (Staats-)Gesetzen	483
IV. Exkurs: Völkerrechtliche Verankerung von innerstaatlichen Erweiterungen des Schutzniveaus von 1992 als politisches Ziel	485
V. Weg zur Wiederherstellung eingeschränkter (Kompetenz-)Bereiche	486
B. Erforderliche innerstaatlich-(verfassungs-)rechtliche Änderungen zur Erfüllung der völkerrechtlichen Vorgaben	492
I. Seit Juni 2015 (teilweise) wiederhergestellte Landeskompetenzen	493
II. Mittel zur Wiederherstellung des Schutzniveaus von 1992 in eingeschränkten Bereichen: Grundüberlegungen	499
III. Vorschläge zur Wiederherstellung des Schutzniveaus von 1992	515

Fünfter Teil

Schlussbetrachtungen 537

A. Ergebnisse	537
I. Grundlagen und Entwicklungen des Minderheitenschutzsystems bis 1992	537
II. Entwicklungen des Minderheitenschutzsystems seit 1992	545
III. Wiederherstellung des Schutzniveaus von 1992 im Zusammenspiel von Völker- und Verfassungsrecht	561
B. Kritikpunkte, Beschränkungen und offene Fragen	570
C. Fazit und Ausblick	571

Literaturverzeichnis	574
-----------------------------	-----

Stichwortverzeichnis	625
-----------------------------	-----

Inhaltsverzeichnis

Erster Teil

Einleitung	27
A. Eckdaten	27
B. Untersuchungsgegenstand	32
I. Völkerrecht	32
II. Innerstaatliches (Verfassungs-)Recht	36
C. Terminologie	40
D. Gang der Untersuchung	43
I. Grundüberlegungen zum Aufbau	43
II. Gliederung	44

Zweiter Teil

Grundlagen und Entwicklungen des Minderheitenschutzsystems bis 1992

A. Völkerrecht	47
I. Pariser Vertrag	49
1. Rechtsnatur	50
a) Bilaterale Ebene	51
aa) Ein Vertrag, der kein Vertrag ist?	51
bb) Argumente für die Vertragsnatur	53
cc) Genehmigung und Ratifikation	55
(1) Italien	55
(2) Österreich	56
dd) Vertrag in vereinfachter Form	58
b) Multilaterale Ebene	60
2. Inhalt	62
a) Pkt. 1: Minderheitenschutz	63
aa) Abs. 1: Vollständige Gleichberechtigung	64
(1) Persönlicher und räumlicher Geltungsbereich	64

(2) Normgehalt	65
bb) Abs. 2: Besondere Schutzmaßnahmen	66
(1) Lit. a: Muttersprachlicher Schulunterricht	67
(2) Lit. b: Gleichstellung der Sprachen	68
(3) Lit. d: Gleichberechtigung im öffentlichen Dienst	69
b) Pkt. 2: Territorialautonomie	70
aa) Persönlicher Geltungsbereich	70
bb) Räumlicher Geltungsbereich	72
(1) Erweiterung des Autonomiegebiets: „frame“ als Gebietsrahmen?	72
(2) Bewertung	74
(3) Zulässigkeit der Region Trentino-Südtirol	75
cc) Umfang der Autonomie	76
dd) Mitwirkungsrecht der deutschsprachigen Minderheit	77
(1) Reichweite	77
(2) Vertretungsbefugnis	79
(3) Rolle Österreichs	81
c) Pkt. 3: Bilaterale Rechtsbeziehungen	82
aa) Lit. a: Optantenfrage	83
bb) Lit. b–d: Bilaterale Vereinbarungen	85
II. Vertragsdurchführung	86
1. Verfassunggebende Versammlung	87
a) Zusammensetzung	87
b) Region Trentino- <i>Alto Adige</i>	88
c) Autonomiestatut	89
d) Anhörung der Südtiroler Vertreter	91
aa) Ausgangslage	91
bb) Wesentliche Forderungen	91
cc) Gegenforderung: <i>Perassi</i> -Brief	92
dd) <i>Perassi</i> -Brief: Rechtswirksame Zustimmung?	93
(1) Gebietsrahmen	93
(2) Inhalt der Autonomie	94
(3) Fazit: Keine rechtswirksame Zustimmung	94
2. Erstes Autonomiestatut	95
a) Allgemeines	95
b) Minderheitenschutz im engeren Sinn	96
c) Autonome Gesetzgebungs- und Verwaltungskompetenzen	97
aa) Allgemeines	97
bb) Kompetenzen der Region	98
cc) Kompetenzen der Provinzen	99
dd) Delegation	100

- d) Finanzautonomie 100
- 3. Bewertung 101
 - a) Dominanz der Region 102
 - aa) Kompetenzverteilung 102
 - bb) Weitere Vorrechte der Region 103
 - b) Mehrheitsverhältnisse in der Region 104
 - c) Weitere Kritikpunkte 104
 - d) Fazit: Nichterfüllung des Pariser Vertrags 105
- III. Streit um Vertragserfüllung: Eskalationsphase 106
 - 1. Umsetzung und Anwendung des Ersten Autonomiestatuts 106
 - a) Durchführungsbestimmungen 106
 - b) Verwaltungskompetenzen 107
 - c) Weitere Probleme 108
 - d) Fazit: Unzureichende Vertragsdurchführung 109
 - 2. 1948 – 1960: Chronologie der Eskalation 109
 - a) Positionen Österreichs und Italiens 109
 - b) „Los von Trient“ 110
 - c) Erste bilaterale Gespräche 111
 - d) Internationalisierung der Südtirolfrage 112
 - aa) Erste Vorstöße 112
 - bb) Ankündigung der Befassung der VN-Generalversammlung 113
 - cc) Zuständigkeit des Internationalen Gerichtshofs 113
 - dd) Österreichs Antrag an die VN-Generalversammlung 114
 - 3. Südtirolfrage vor den Vereinten Nationen 115
 - a) Zuständigkeit 116
 - aa) Art. 10 und 14 SVN 116
 - bb) Bewertung 117
 - b) Erste Resolution der VN-Generalversammlung 118
 - aa) Präambel 119
 - bb) Normativer Inhalt 119
 - cc) Bewertung 120
 - c) Bilaterale Verhandlungen und Feuernacht 121
 - d) Zweite Resolution der VN-Generalversammlung 123
- IV. Streit um Vertragserfüllung: Verhandlungsphase 124
 - 1. Neunzehner-Kommission 124
 - a) Ergebnisse 125
 - aa) Maßnahmen zugunsten der sprachlichen Minderheiten 126
 - bb) Neugestaltung der Autonomieordnung 126
 - cc) Schutz der Rechte der Sprachgruppen und Rechtsschutz 127
 - dd) Erklärungen zur Abstimmung 127

b) Verhältnis zum bilateralen Streit	128
2. Suche nach Kompromisslösung	129
a) Verhandlungsgrundlage: Ergebnisse der Neunzehner-Kommission	129
b) Verhandlungen zwischen Wien, Bozen und Rom	130
aa) <i>Kreisky-Saragat</i> -Vorschlag. Ablehnung	130
bb) Abwägung zwischen Inhalt und Verankerung des Pakets	132
cc) Einigung auf Paketinhalt zwischen Bozen und Rom	132
dd) Einigung auf politische Verankerung zwischen Wien und Rom	134
ee) Zustimmung der <i>SVP</i> -Landesversammlung	135
V. Paket und Operationskalender	136
1. Inhalt	137
a) Paket	137
aa) Verfassungsebene	138
bb) Ebene der Durchführungsbestimmungen	138
cc) Gesetzesebene	139
dd) Weitere Maßnahmen	139
b) Operationskalender	139
2. Umsetzung	140
a) Parlamentarische Zustimmungen	141
aa) Italien	141
bb) Österreich	142
b) Zweites Autonomiestatut	143
c) Einfachgesetzliche Maßnahmen	144
d) Durchführungsbestimmungen	145
e) Streitbeilegung	147
aa) Vorbereitung	147
bb) Italienische Note	148
cc) Prüfung und Zustimmung	149
dd) Österreichische Schlusserklärung	150
3. IGH-Vertrag	152
a) Operationskalender	152
b) Inhalt	153
VI. Völkerrechtliche Verankerung der Paket-Autonomie	154
1. Rechtsnatur der Paket-Autonomie	155
a) Kein formelles Rechtsgeschäft	155
b) Spätere Praxis	156
aa) Grundsätzliches	156
bb) Vertragsauslegende Praxis	157
(1) Subjektiver Aspekt: Konsens und Konsistenz	159
(2) Objektiver Aspekt: Vertragswirklichkeit	161

cc) Vertragsgestaltende Praxis	162
dd) Spätere Übereinkunft	166
ee) Exkurs: Evolutive Auslegung	168
ff) Paket als vertragsauslegende spätere Praxis	170
(1) Grundsätzliche Eignung: Vertragsbezüglichkeit	170
(2) Entwicklung als Indiz für konsensuale Praxis	171
(3) Paket als Indiz und Inhalt konsensualer Auslegungspraxis	172
(4) Konsensverstärkend: Paketumsetzung	173
(5) Zusammenfassung	177
gg) Schutz der Südtiroler Ladiner als vertragsgestaltende spätere Praxis	178
hh) Notenwechsel von 1992 und Streitbeilegung als spätere Übereinkunft	180
(1) Italienische Note vom 22. April 1992	181
(2) Österreichische Verbalnote vom 22. April 1992	184
(3) Österreichische Note vom 11. Juni 1992	184
(4) Italienische Verbalnote vom 11. Juni 1992 und Notifizierungen ..	187
(5) Bewertung	187
c) Estoppel	191
aa) Estoppel-Prinzip im Völkerrecht	191
bb) Paket und Paket-Autonomie als Estoppel	193
(1) Verhaltensänderung Österreichs im Vertrauen auf Paketdurchfüh-	
rung	194
(2) Schaden Österreichs bei Rücknahme der Paket-Autonomie	196
d) Rechtsnatur des Operationskalenders	198
e) Zusammenschau: Zweifache Verankerung der Paket-Autonomie	199
2. Rechtsfolgen der völkerrechtlichen Verankerung der Paket-Autonomie	201
a) Konkretisierung des räumlichen und persönlichen Geltungsbereichs und	
Festlegung des Konsensprinzips	201
b) Völkerrechtliche Verankerung des Schutzniveaus von 1992	201
c) Zuständigkeit des Internationalen Gerichtshofs	203
d) Schutzfunktion Österreichs zugunsten der Südtiroler Ladiner	205
B. Innerstaatliches (Verfassungs-)Recht	206
I. Allgemein-verfassungsrechtliche Grundlagen	207
1. Stellung des Pariser Vertrags im Verfassungsgefüge vor 2001	208
a) Stellung des Völker(-vertrags-)rechts im Allgemeinen	208
b) Rechtsprechung des Verfassungsgerichtshofs zum Pariser Vertrag	209
2. Relevante Verfassungsprinzipien	212
a) Minderheitenschutz	213
b) Einheit und Autonomie. Loyale Zusammenarbeit	216
c) Sonderautonomie und Verhandlungsprinzip	222

II. System des Sonderstatuts	227
1. (Zweites) Autonomiestatut	227
a) Grundsätzliches	228
b) Minderheitenschutz im engeren Sinn	229
aa) Muttersprachliche Schule	230
bb) Sprachenrechte	230
cc) Proporzregelungen	232
dd) Rechtsschutzgarantien	234
ee) Minderheitenschutzrelevante Landeskompetenzen	238
c) Gesetzgebungs- und Verwaltungsautonomie	239
aa) Gesetzgebungskompetenzen	239
(1) Kompetenztypen und Schranken	240
(2) Kompetenzverteilung nach Materien	242
bb) Verwaltungskompetenzen	246
cc) Exkurs: Eingriffsmöglichkeiten des Staates	248
(1) Ausrichtungs- und Koordinierungsbefugnis	248
(2) Ersatzgewalt	249
d) Finanzautonomie	251
aa) Vereinfachtes Änderungsverfahren	251
bb) Rang der statutarischen Finanzregelung	252
cc) Grundzüge der Finanzregelung	253
2. Durchführungsbestimmungen	255
a) Rechtsgrundlage und Verfahren	255
b) Funktion und Rang	259
c) Ausgewählte Durchführungsbestimmungen	263
aa) DPR Nr. 526/1987	263
(1) Ausdehnung der Verwaltungskompetenzen	263
(2) Autonomer Vollzug von Unionsrecht	264
bb) GvD Nr. 266/1992	266
(1) Art. 1: Grundsätze	267
(2) Art. 2: Beziehungen zwischen Gesetzgebung von Staat und Land	268
(3) Art. 3: Ausrichtungs- und Koordinierungsbefugnis des Staates	271
(4) Art. 4: Verwaltungskompetenzen	272
(5) Gesamtbewertung	273
cc) Weitere wichtige Durchführungsbestimmungen	275

Dritter Teil

Entwicklungen des Minderheitenschutzsystems seit 1992	277
A. Innerstaatliches (Verfassungs-)Recht	277
I. Exkurs: Relevante Grundzüge der Verfassungsreform von 2001	278
1. Erhöhte Stellung des Völkervertragsrechts im Verfassungsgefüge	278
a) Beachtung des Völkervertragsrechts als Schranke der Gesetzgebung	278
b) Völkervertragsrecht – und insbesondere die EMRK – als (indirekter) Prüfungsmaßstab im Rahmen der Normenkontrolle	279
c) Dynamische Verweisung auf Normen der Völkerrechtsordnung	279
d) Konformitätsprinzip	280
e) Anderes Völkervertragsrecht als (indirekter) Prüfungsmaßstab	281
2. Neuordnung der Kompetenzverteilung	284
a) Gesetzgebungsebene	284
aa) Kompetenztypen	285
bb) Kompetenzverteilung nach Materien	287
cc) Schwächen der Kompetenzordnung	288
dd) Im Besonderen: Relevante Querschnittskompetenzen des Staates	290
(1) Schutz des Wettbewerbs	291
(2) Öffentliche Ordnung und Sicherheit	294
(3) Zivilrechtsordnung	295
(4) Festsetzung wesentlicher Leistungsstandards im Bereich bürgerlicher und sozialer Rechte	296
(5) Koordinierung der statistischen Information und informatische Koordinierung der Daten der Staats-, Regional- und Lokalverwaltung	299
(6) Umweltschutz	302
(7) Koordinierung der öffentlichen Finanzen	305
ee) (Auf-)Lösung von Kompetenzkonflikten und Kompetenzkonkurrenzen	309
(1) Ermittlung der einschlägigen Materie(n): Teleologische Sichtweise	310
(2) Lösung von Kompetenzkonflikten durch ausschließliche Zuordnung einer Regelungsmaterie zur Kompetenz des Staates oder der Regionen	311
(3) Kompetenzverflechtung: Kriterium der Prävalenz	313
(4) Kompetenzkonkurrenz: Loyale Zusammenarbeit	316
(5) Bewertung: Zunehmende Dominanz des Kriteriums der Prävalenz	317
ff) Tatsächlicher Umfang der Residualkompetenz der Regionen	319
b) Vollziehungsebene	323
3. Schutz- und Günstigkeitsklausel	325
a) Anwendungsbereich	326
b) Vergleichsgegenstand	327

c) Wirkungsweise	330
d) Rechtsfolgen	330
aa) Anwendung der Schutzklausel	331
bb) Anwendung der Günstigkeitsklausel	336
(1) Zuordnung neuer Kompetenzen: Kriterium des Zusammenhangs	336
(2) Grundsatz der Einheitlichkeit der Institute	338
(3) Übertragung der Verwaltungskompetenzen	342
II. Erweiterungen des Schutzniveaus von 1992	344
1. Delegierungen	344
2. Reform des Autonomiestatuts von 2001	347
a) Umkehrung des institutionellen Verhältnisses von Region und Land	348
b) Im Besonderen: Statutarische Autonomie des Landes	348
c) Neuregelung des ordentlichen Änderungsverfahrens	351
3. Positive Auswirkungen der Verfassungsreform von 2001	354
a) Wegfall staatlicher Präventivkontrollen	354
aa) Kontrolle von Gesetzesvorlagen durch die Zentralregierung	354
bb) Kontrolle von Verwaltungsakten durch den Rechnungshof	355
b) Zuerkennung neuer (Gesetzgebungs-)Kompetenzen	356
aa) Neue Kompetenzbereiche	356
bb) Rechtsfolgen	358
c) Ausdehnung bestehender Gesetzgebungskompetenzen: Erweiterung oder sogar versteckte Einschränkung?	359
aa) Erweiterte Kompetenzbereiche	359
bb) Rechtsfolgen und Probleme	362
d) Wegfall der staatlichen Ausrichtungs- und Koordinierungsbefugnis: Vorteil oder sogar versteckter Nachteil?	364
4. Weiterer Ausbau der Energiekompetenz	365
5. Ausgewählte Durchführungsbestimmungen	369
III. Änderungen des Schutzniveaus von 1992	370
1. Finanzautonomie	371
a) Finanzvereinbarung von 2009	371
b) Finanzvereinbarung von 2014	372
2. Ladiner-Verfassungsgesetz 2017	377
IV. Einschränkungen des Schutzniveaus von 1992	378
1. Negative Auswirkungen der neuen Kompetenzordnung auf Südtirol	379
a) Kompetenzbeschränkung durch indirekte Einwirkung von Kompetenzen des Staates über die Schrankenregelung des Statuts	380
b) Kompetenzaushöhlung durch direkte Einwirkung von Kompetenzen des Staates	381

- c) Kompetenzverlust durch ausschließliche Zuordnung von Regelungsmaterien zu Kompetenzen des Staates 383
 - aa) Anwendung des Kriteriums der Prävalenz 383
 - bb) Nichtbestehen einer Landeskompetenz 384
- 2. Konkret eingeschränkte (Kompetenz-)Bereiche 386
 - a) Allgemeine Einschränkungen 386
 - b) Einschränkungen von Landeskompetenzen 388
 - aa) Ämterordnung und Personal (Art. 8 Nr. 1 ASt.) 389
 - bb) Raumordnung (Art. 8 Nr. 5 ASt.) 390
 - cc) Landschaftsschutz (Art. 8 Nr. 6 ASt.) 391
 - dd) Gemeinnutzrechte (Art. 8 Nr. 7 ASt.) 392
 - ee) Handwerk (Art. 8 Nr. 9 ASt.) 392
 - ff) Zivilschutz (Art. 8 Nr. 13 ASt.) 393
 - gg) Bergbau (Art. 8 Nr. 14 ASt.) 393
 - hh) Jagd (Art. 8 Nr. 15 ASt.) 394
 - ii) Pflanzen- und Tierschutzparks (Art. 8 Nr. 16 ASt.) 395
 - jj) Öffentliche Arbeiten (Art. 8 Nr. 17 ASt.) 395
 - kk) Öffentliche Dienste (Art. 8 Nr. 19 ASt.) 396
 - ll) Fremdenverkehr (Art. 8 Nr. 20 ASt.) 397
 - mm) Öffentliche Fürsorge und Wohlfahrt (Art. 8 Nr. 25 ASt.) 397
 - nn) Berufsertüchtigung und Berufsausbildung (Art. 8 Nr. 29 ASt.) 397
 - oo) Handel (Art. 9 Nr. 3 ASt.) 398
 - pp) Lehrlingswesen und Arbeitsbücher (Art. 9 Nr. 4 ASt.) 399
 - qq) Öffentliche Betriebe (Art. 9 Nr. 7 ASt.) 399
 - rr) Gesundheitswesen (Art. 9 Nr. 10 ASt.) 399
 - c) Nicht relevante Einschränkungen 401

B. Völkerrecht 401

- I. Politische Vertretung der zwei Minderheiten Südtirols 402
 - 1. Politische Teilhaberechte von Minderheiten 403
 - a) Allgemein-völkerrechtliche Vorgaben 404
 - aa) Vereinte Nationen 404
 - bb) KSZE/OSZE 405
 - cc) Europarat 407
 - dd) Europäische Union 410
 - ee) Fazit: Diffus verankerte, ermessensabhängige Teilhaberechte 411
 - b) Partikulär-völkerrechtliche Vorgaben zu Südtirol 411
 - aa) Pariser Vertrag 412
 - bb) Paket 412
 - cc) Notenwechsel von 1992: Konsensprinzip 412
 - dd) Staatenpraxis nach 1992 413

e) Fazit: Konkret verankerte Teilhaberechte und Konsensprinzip	414
2. Ausübung der politischen Teilhaberechte der Minderheiten	415
a) Allgemein-völkerrechtliche Vorgaben	415
aa) Vereinigungsfreiheit	416
bb) Demokratieprinzip	417
b) Partikulär-völkerrechtliche Vorgaben zu Südtirol	421
aa) Vorgaben aus Pariser Vertrag und nachfolgenden Rechtsakten	422
bb) Staatenpraxis Österreichs und Italiens	422
(1) Vertretungspraxis bis 1992	422
(2) Vertretungspraxis nach 1992	423
(3) Fazit: Vertretungsmodell ohne klare Konturen in der Praxis	425
c) Politische Landschaft Südtirols	426
aa) Vertretungskörper	426
(1) Südtiroler Landtag	426
(2) Italienisches Parlament	428
(3) Europäisches Parlament	429
bb) Parteienlandschaft	430
(1) Vertretung der deutsch- und ladinischsprachigen Minderheiten	430
(2) Vertretung des italienischsprachigen Bevölkerungsteils	431
(3) Vertretung der Gesamtbevölkerung	432
(4) Vertretung der ladinischsprachigen Minderheit	434
cc) Fazit: Absolute, aber nicht erdrückende Mehrheit der <i>SVP</i>	435
d) Prüfung der Völkerrechtskonformität einer <i>SVP</i> -Alleinvertretung	435
aa) Bezugspunkt(e) für die Ermittlung der Repräsentativität der <i>SVP</i>	436
bb) Erforderlicher Rückhalt der Minderheitenangehörigen	436
cc) Handlungsbefugte Organe	438
dd) Fazit: <i>SVP</i> als völkerrechtskonforme Minderheitenvertreterin	439
e) Alternative Vertretungsmodelle	439
aa) Minderheitenvertreter im italienischen Parlament	440
bb) Minderheitenvertreter im Südtiroler Landtag	440
cc) Minderheitenparteien	445
dd) Weitere Möglichkeiten	448
f) Einbettung in die Staatenpraxis	450
II. Beziehungen zwischen Österreich und Italien	451
1. Allgemeine Entwicklungen	451
2. Staatenpraxis bei Erweiterungen bzw. Änderungen des Schutzsystems	455
a) Briefwechsel zur Reform des Autonomiestatuts von 2001	455
b) Notenwechsel zur Finanzvereinbarung von 2009	457
c) Briefwechsel zur Finanzvereinbarung von 2014	458
aa) Inhalt des Briefs von Ministerpräsident <i>Renzi</i>	458

bb) Inhalt des Antwortbriefs von Bundeskanzler <i>Faymann</i>	459
cc) Bewertung: Völkerrechtliche Verankerung der Finanzvereinbarung ..	459
d) Briefwechsel zum Ladiner-Verfassungsgesetz 2017	461
aa) Inhalt des Briefs von Ministerpräsident <i>Gentiloni</i>	462
bb) Inhalt des Antwortbriefs von Bundeskanzler <i>Kern</i>	463
cc) Bewertung: Änderung einiger Paketmaßnahmen	463
e) Rechtliches Gewicht der Noten- bzw. Briefwechsel nach 1992	465
f) Fazit: Tendenz zu einer konsistenten Vorgehensweise	466
III. Völkerrechtliche Relevanz von völkerrechtlich nicht nachvollzogenen Erweite- rungen des Schutzniveaus von 1992	468
1. Delegierungen	468
2. Verfassungsgesetze von 2001	468
3. Mitteilungspflicht Italiens und Überprüfungsrecht Österreichs	471
IV. Völkerrechtliche Beurteilung von Einschränkungen des Schutzniveaus von 1992	472
1. Keine Zustimmung Südtirols zu negativen Entwicklungen	473
2. Völkerrechtswidrigkeit von Einschränkungen des Schutzniveaus von 1992 ...	474

Vierter Teil

Wiederherstellung des völkerrechtlich verankerten Schutzniveaus von 1992

477

A. Rechtliche Instrumente zur Durchsetzung der völkerrechtlichen Vorgaben	478
I. Schutzfunktion Österreichs	479
II. Völkerrechtliche Überwachungs- und Rechtsdurchsetzungsinstrumente	481
1. Mittel aus der Schutzfunktion Österreichs	481
2. Mittel des allgemeinen Menschenrechts- und Minderheitenschutzes	482
III. Pariser Vertrag und spätere Praxis als (indirekter) Prüfungsmaßstab für die Ver- fassungsmäßigkeit von (Staats-)Gesetzen	483
IV. Exkurs: Völkerrechtliche Verankerung von innerstaatlichen Erweiterungen des Schutzniveaus von 1992 als politisches Ziel	485
V. Weg zur Wiederherstellung eingeschränkter (Kompetenz-)Bereiche	486
1. Überprüfung des Autonomiebesitzstands	487
2. Aufforderung zur Kompetenzwiederherstellung	487
3. Handlungsmöglichkeiten und Ausblick aus völkerrechtlicher Sicht	490
B. Erforderliche innerstaatlich-(verfassungs-)rechtliche Änderungen zur Erfüllung der völkerrechtlichen Vorgaben	492
I. Seit Juni 2015 (teilweise) wiederhergestellte Landeskompetenzen	493
1. Raumordnung (und Handel)	493
a) Detailhandel in Gewerbegebieten	493

b) Gebäudeabstände	494
2. Jagd	496
a) Jagdformen, Jagd in Naturparks und Jagdzeiten für Auslesejagd von jagd- barem Schalenwild	496
b) Jagdbare Arten	498
3. Vergaberecht	498
II. Mittel zur Wiederherstellung des Schutzniveaus von 1992 in eingeschränkten Bereichen: Grundüberlegungen	499
1. Völkerrechtliche Verankerung und Änderungen des Autonomiestatuts	500
2. Wahrung der Balance zwischen Stabilität und Flexibilität: Autonomiestatut und Durchführungsbestimmungen	501
a) Durchführungsbestimmungen	501
aa) Kompetenzbestätigende Durchführungsbestimmungen	502
bb) Kompetenzkonkretisierende Durchführungsbestimmungen	502
cc) Kompetenzabgrenzende Durchführungsbestimmungen	503
dd) Kompetenzwiederherstellende Durchführungsbestimmungen i.e.S. ...	506
ee) Bewertung	506
b) Autonomiestatut	510
aa) Verankerung von <i>implied powers</i> und Reaktion auf Kompetenzverluste	510
bb) Beispielhafte Kompetenzkonkretisierung	511
cc) Änderung des Schrankensystems	511
3. Weitere allgemeine Überlegungen	513
III. Vorschläge zur Wiederherstellung des Schutzniveaus von 1992	515
1. Umgang mit allgemeinen Einschränkungen: Beendigung des zweigleisigen (Kompetenz-)Systems aus Autonomiestatut und Verfassung	515
2. Umgang mit Einschränkungen von Landeskompetenzen	519
a) Verflechtungen mit staatlichen (Querschnitts-)Kompetenzen als Ursache für Einschränkungen von Landeskompetenzen	520
aa) Schutz des Wettbewerbs	520
bb) Zivilrechtsordnung	521
cc) Festsetzung von Standards im Bereich bürgerlich-sozialer Rechte ...	522
dd) Umweltschutz	522
ee) Weitere (Querschnitts-)Kompetenzen	524
b) Möglichkeiten zur Wiederherstellung des Schutzniveaus von 1992 nach Ursache der Einschränkung	525
aa) Schutz des Wettbewerbs	525
bb) Zivilrechtsordnung	528
cc) Festsetzung von Standards im Bereich bürgerlich-sozialer Rechte ...	530
dd) Umweltschutz	532
ee) Weitere (Querschnitts-)Kompetenzen	534

*Fünfter Teil***Schlussbetrachtungen**

537

A. Ergebnisse	537
I. Grundlagen und Entwicklungen des Minderheitenschutzsystems bis 1992	537
1. Stabile völkerrechtliche Verankerung im Pariser Vertrag	537
2. Konkretisierung und Erweiterung des Pariser Vertrags im Paket	539
3. Notenwechsel von 1992 als völkerrechtlicher Meilenstein	541
4. Allgemein- und sonderverfassungsrechtliche Grundlagen	543
II. Entwicklungen des Minderheitenschutzsystems seit 1992	545
1. Vertretung der Minderheiten als neue völkerrechtliche Rechtsfrage	545
2. Innerstaatliches (Verfassungs-)Recht als neuer Ausgangspunkt für – positive wie negative – Entwicklungen	549
a) Erweiterungen des Schutzniveaus von 1992	549
b) Änderungen des Schutzniveaus von 1992	553
c) Einschränkungen des Schutzniveaus von 1992	553
3. Ungebrochene Bedeutung des Völkerrechts	557
a) Grundsätzliche Bekräftigung der völkerrechtlichen Verankerung	557
b) Anpassung des Schutzniveaus von 1992 durch Nachvollzug von verfas- sungsrechtlichen Entwicklungen	558
c) Völkerrechtliche Relevanz von nicht nachvollzogenen Erweiterungen	560
III. Wiederherstellung des Schutzniveaus von 1992 im Zusammenspiel von Völker- und Verfassungsrecht	561
1. Völkerrecht als Triebfeder für die Wiederherstellung	561
2. Innerstaatliches (Verfassungs-)Recht als Mittel der Wiederherstellung	563
a) Stabilität und Flexibilität: Statut und Durchführungsbestimmungen	563
b) Durchführungsbestimmungen als erstrangiges Instrument	563
c) Änderungen des Autonomiestatuts als notwendige Ergänzung	565
d) Bedeutung von Kompetenztrennung und bilateraler Kooperation	566
3. Konkrete Vorschläge für die Wiederherstellung	566
a) Ende des zweigleisigen Systems. Einführung einer Auslegungsregel	566
b) Erforderlicher Maßnahmenmix in Abhängigkeit von Eigenschaft der Lan- deskompetenz sowie Ausmaß und Ursache der Einschränkung	567
B. Kritikpunkte, Beschränkungen und offene Fragen	570
C. Fazit und Ausblick	571
Literaturverzeichnis	574
Stichwortverzeichnis	625

Abkürzungsverzeichnis

a.A.	anderer Ansicht
AB	Anfragebeantwortung
ABl.	Amtsblatt der Europäischen Union
ABlReg.	Amtsblatt der Region Trentino-Südtirol
Abs.	Absatz
Abs.-Nr.	Absatz-Nummer
a.F.	alte Fassung
AFDI	Annuaire Française de Droit International
AIC	Associazione Italiana dei Costituzionalisti
AJIL	American Journal of International Law
AKB	Ausrichtungs- und Koordinierungsbefugnis
arg. ex	argumentum ex, Argument [ergibt sich] aus
Art.	Artikel
AS	Aggiornamenti sociali
ASt.	Autonomiestatut i.d.g.F.
ASt. 1948	Sonderstatut für die Region Trentino-Tiroler Etschland 1948 [Erstes Autonomiestatut]
ASt. 1972	Sonderstatut für die Region Trentino-Südtirol 1972 [Zweites Autonomiestatut]
AVR	Archiv des Völkerrechts
BGBI.	Bundesgesetzblatt für die Republik Österreich
BIP	Bruttoinlandsprodukt
BJIL	Berkeley Journal of International Law
BlgNR	Beilagen zu den Stenografischen Protokollen des Nationalrats
BLReg.	Beschluss der Südtiroler Landesregierung
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
B-VG	Bundes-Verfassungsgesetz
BYIL	British Yearbook of International Law
bzw.	beziehungsweise
ca.	circa
ders.	derselbe
DFB	Durchführungsbestimmung
d. h.	das heißt
dies.	dieselbe(n)
DPR	Dekret des Präsidenten der Republik
DSt.	Dekret des Statthalters
EE	Europa Ethnica
EG	Europäische Gemeinschaft
EGMR	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
EJM	Europäisches Journal für Minderheitenfragen
EMRK	Europäische Menschenrechtskonvention
ErlRV	Erläuterungen zur Regierungsvorlage

et al.	et alii, und andere
EU	Europäische Union
EuConst	European Constitutional Law Review
EuG	Gericht der Europäischen Union
EuGH	Gerichtshof der Europäischen Union
EuR	Zeitschrift Europarecht
f., ff.	folgende, fortfolgende
Fn.	Fußnote
FPÖ	Freiheitliche Partei Österreichs
FUEV	Föderalistische Union Europäischer Volksgruppen
FV	Friedensvertrag der Alliierten mit Italien vom 10. Februar 1947
G	Gesetz
GA	Gesetzesanzeiger der Italienischen Republik
GAKI	Gesetzesanzeiger des Königreichs Italien
GA VfGH	1. Sonderserie des GA – Verfassungsgerichtshof
GD	Gesetzesdekret
GDS.	GD des Statthalters
gem.	gemäß
GG	Grundgesetz
Giur. cost.	Giurisprudenza costituzionale
Giur. it.	Giurisprudenza italiana
GP	Gesetzgebungsperiode
GvD	gesetzesvertretendes Dekret
GvDpSt.	GvD des provisorischen Staatsoberhauptes
GvDSt.	GvD des Statthalters
GZ	Geschäftszahl
Hg.	Herausgeber
ICON	International Journal of Constitutional Law
IdF	Istituzioni del Federalismo
i. d. F.	in der Fassung
i. d. g. F.	in der geltenden Fassung
i. d. R.	in der Regel
i. e. S.	im engeren Sinn
IGH	Internationaler Gerichtshof
insb.	insbesondere
insg.	insgesamt
IPBPR	Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte
i. S. v.	im Sinne von
i. V. m.	in Verbindung mit
i. w. S.	im weiteren Sinn
i. Z. m.	in Zusammenhang mit
JCMS	Journal of Common Market Studies
JRP	Journal für Rechtspolitik
Kap.	Kapitel
KD	Königliches Dekret
KGD	Königliches Gesetzesdekret
KMU	kleine und mittlere Unternehmen
KSZE	Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa

LG	Landesgesetz
LH	Landeshauptmann bzw. Landeshauptfrau
lit.	litera, Buchstabe
LJIL	Leiden Journal of International Law
LP ICT	The Law and Practice of International Courts and Tribunals
Mio.	Million
MJECL	Maastricht Journal of European and Comparative Law
MPEPIL	Max Planck Encyclopedia of Public International Law
MRM	MenschenRechtsMagazin
m.w.N.	mit weiteren Nachweisen
Nr.	Nummer
OBl.	Ordentliches Beiblatt
ÖGfE	Österreichische Gesellschaft für Europapolitik
ÖJIP	Österreichisches Jahrbuch für Internationale Politik
ÖJP	Österreichisches Jahrbuch für Politik
OpKal.	Operationskalender
OSZE	Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
ÖVP	Österreichische Volkspartei
ÖZA	Österreichische Zeitschrift für Außenpolitik
PD	Partito Democratico
Pkt.	Punkt
Prot.	Protokoll
PV	Pariser Vertrag vom 5. September 1946
Quad. cost.	Quaderni costituzionali
RDI	Rivista di Diritto Internazionale
RDP	Rassegna di Diritto Pubblico
RE	Rechtliche Erwägungen
Res.	Resolution
RGDIP	Revue Générale De Droit International Public
RL	Richtlinie der Europäischen Union
Rn.	Randnummer
Rs.	Rechtssache
Rsp.	Rechtsprechung
RSPI	Rivista di Studi Politici Internazionali
RV	Regierungsvorlage
Rz.	Randziffer
SBÜ	[Europäisches] Streitbeilegungsübereinkommen 1957
SDPS	Sozialdemokratische Partei Südtirols
SE	Sachliche Erwägungen
SEV	Sammlung der Europäischen Verträge bzw. Europaratsverträge
SFP	Soziale Fortschrittspartei Südtirols
sog.	sogenannt
StGBL.	Staatsgesetzblatt für die Republik Österreich
StProt.	Stenografisches Protokoll
SVN	Satzung der Vereinten Nationen
SVP	Südtiroler Volkspartei
TePAS	Temi e Percorsi di Autonomia Speciale (Working Papers)
u. a.	unter anderem

UNRIAA	United Nations Reports of International Arbitral Awards
UNTS	United Nations Treaty Series
USA	United States of America
usw.	und so weiter
u. U.	unter Umständen
v. a.	vor allem
Verf.	Verfassung der Italienischen Republik
VerfG	Verfassungsgesetz
VerfVers.	Verfassungsgebende Versammlung
VfGH	Italienischer Verfassungsgerichtshof
vgl.	vergleiche
VN	Vereinte Nationen
VN-GV	VN-Generalversammlung
VO	Verordnung der Europäischen Union
VwGH	Österreichischer Verwaltungsgerichtshof
VwSlg.	Sammlung der Erkenntnisse und Beschlüsse des VwGH
WTO	World Trade Organization
WVK	Wiener Vertragsrechtskonvention
YBILC	Yearbook of the International Law Commission
YJIL	Yale Journal of International Law
Z	Ziffer
ZaöRV	Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht
z. B.	zum Beispiel
ZöR	Zeitschrift für öffentliches Recht
ZP	Zusatzprotokoll

Erster Teil

Einleitung

Das Land Südtirol verfügt heute in Italien über ein Minderheitenschutzsystem, das sowohl Minderheitenschutzmaßnahmen i.e.S. – z. B. in den Bereichen Bildung, Kultur und Sprache – als auch eine weitreichende Territorialautonomie in Gesetzgebung und Vollziehung umfasst. In dieser Arbeit sollen Grundlagen, Entwicklungen und aktuelle Herausforderungen dieses Schutzsystems, das die deutsch- und die ladinischsprachige Minderheit des Landes schützt, sowohl aus völker- als auch aus verfassungsrechtlicher Sicht analysiert werden.

Einleitend wird dafür – nach der Darstellung einiger Eckdaten (A.) – der Gegenstand der Untersuchung erörtert (B.). Es folgt eine Auseinandersetzung mit Terminologiefragen (C.), bevor der Aufbau der Arbeit und die dahinterstehenden Überlegungen gezeigt werden (D.).

A. Eckdaten

Das Minderheitenschutzsystem Südtirols ist nicht nur im Verfassungsrecht, sondern v. a. auch im Völkerrecht verankert. Südtirol musste nach dem Ersten Weltkrieg – zusammen mit dem Trentino – von Österreich an Italien abgetreten werden. Nach bewegten Jahren, die 1939 u. a. zur sog. Option führten,¹ schlossen Österreich und Italien nach dem Zweiten Weltkrieg einen völkerrechtlichen Vertrag – den auch als *Gruber-Degasperi*-Abkommen bezeichneten Pariser Vertrag vom 5. September 1946 (Pariser Vertrag, PV).²

¹ Die deutsch- und ladinischsprachige Bevölkerung musste sich zwischen einer Auswanderung in das damalige Deutsche Reich und einem Verbleib im italienischen Südtirol entscheiden: 86 Prozent votierten für das Deutsche Reich. Vgl. z. B. *Huter*, Option und Umsiedlung, in: ders. (Hg.), *Südtirol. Eine Frage des europäischen Gewissens* (1965) 340 (340 f.); *Miehler*, Südtirol als Völkerrechtsproblem (1962) 144 ff. Siehe aber auch die Kritik an der – (auch) ideologisch bedingten – zeitgeschichtlichen Bewertung der Option (u. a. *Huters*) bei *Gehler*, Vergangenheitspolitik und Demokratieentwicklung südlich des Brenners. Überlegungen zur „alten“ und „neuen“ Zeitgeschichtsschreibung Südtirols, in: von Hartungen et al. (Hg.), *Demokratie und Erinnerung. Südtirol – Österreich – Italien. Festschrift für Leopold Steurer zum 60. Geburtstag* (2006) 107 (113 f.).

² Im englischen Original u. a. in *Autonome Provinz Bozen-Südtirol* (Hg.), *Das neue Autonomiestatut*¹⁴ (2009) 12 f., http://provinz.bz.it/news/de/publikationen.asp?publ_action=300&publ_image_id=166679 (30. 9. 2020).

Der Pariser Vertrag rang Italien Zugeständnisse zum Schutz der – nach Selbstbestimmung strebenden³ – deutschsprachigen Minderheit Südtirols ab.⁴ Italien verpflichtete sich u. a. zur Gleichberechtigung der deutschsprachigen mit den italienischsprachigen Bewohnern des Landes in einem Rahmen von Sonderregelungen zum Schutz der volklichen Eigenart sowie der kulturellen und wirtschaftlichen Entwicklung des deutschsprachigen Bevölkerungsteils, zur Zuerkennung von autonomer Gesetzgebungs- und Vollziehungsgewalt, zur Regelung der Optantenfrage und zum Abschluss bilateraler Verträge zur Anerkennung von Studientiteln sowie im Bereich des grenzüberschreitenden Personen- und Warenverkehrs.⁵

Der Pariser Vertrag ist bis heute die Grundlage des Minderheitenschutzsystems. In seiner Umsetzung setzte Italien – mit VerfG Nr. 5 vom 26. Februar 1948⁶ – ein Sonderstatut in Kraft (im Folgenden: Erstes Autonomiestatut, ASt. 1948), das aber das Trentino miteinschloss und die meisten Kompetenzen bei der neu gegründeten Region ansiedelte. In dieser war aber die italienischsprachige Bevölkerung klar in der Mehrheit, was eine Ausübung der Autonomie zugunsten der schutzberechtigten Minderheit erschwerte und für Spannungen sorgte.⁷

Durch Kundgebungen und Anschläge erreichte die Südtirolfrage in der Folge internationale Aufmerksamkeit. Österreich, das den Pariser Vertrag als nur unzureichend erfüllt erachtete, brachte das Problem daher unter Außenminister *Bruno Kreisky* vor die Generalversammlung der Vereinten Nationen (VN). Diese forderte Österreich und Italien 1960 und 1961 in zwei Resolutionen auf, die Streitigkeiten

Nichtamtliche Übersetzungen in die deutsche Sprache sind u. a. abgedruckt in *Autonome Provinz Bozen-Südtirol* (Hg.), Autonomiestatut 9 f.; *Silvius Magnago Akademie* (Hg.), 60 Jahre Pariser Vertrag. Grundlage für die Südtirol-Autonomie (2006) 3 f. Für eine Gegenüberstellung verschiedener Übersetzungsversuche *Weisgerber*, Vertragstexte als sprachliche Aufgabe. Formulierungs-, Auslegungs- und Übersetzungsprobleme des Südtirol-Abkommens von 1946 (1961) 85 ff. Die amtliche Übersetzung in die italienische Sprache (Anhang IV des Friedensvertrags Italiens mit den Siegermächten des Zweiten Weltkriegs) ist u. a. abgedruckt in *Autonome Provinz Bozen-Südtirol* (Hg.), Autonomiestatut 11.

³ Vgl. etwa *Ermacora*, Geheimbericht der Südtiroler Delegation zur Pariser Konferenz 1946 (1987) 16 f. Zum Selbstbestimmungsrecht der Völker siehe die zahlreichen Literaturhinweise unten 4. Teil in Fn. 5.

⁴ Vgl. zu den historischen Ausführungen in diesem Abs. z. B. *Steininger*, Südtirol im 20. Jahrhundert. Vom Leben und Überleben einer Minderheit³ (2004) 15 ff.; *Schloh*, Italiens Politik in Südtirol 1919–1945, in: Huter (Hg.), Südtirol. Eine Frage des europäischen Gewissens (1965) 293 (293 ff.); zu Hintergründen des Vertragsschlusses z. B. *Gehler* (Hg.), Verspielte Selbstbestimmung? Die Südtirolfrage 1945/46 in US-Geheimdienstberichten und österreichischen Akten. Eine Dokumentation (1996); *Steininger*, Autonomie oder Selbstbestimmung? Die Südtirolfrage 1945/46 und das Gruber-De Gasperi-Abkommen (2006).

⁵ Siehe dazu ausführlich unten 2. Teil, A.I.2.

⁶ „Sonderstatut für [die Region] Trentino-Tiroler Etschland“. GA Nr. 62 vom 13. 3. 1948. Wie in Art. 96 ASt. 1948 vorgesehen, folgte die amtliche deutsche Übersetzung mit ABISReg. Nr. 1 vom 25. 2. 1949, berichtet mit ABISReg. Nr. 15 vom 7. 6. 1949.

⁷ Unten 2. Teil, A.II. und 2. Teil, A.III.

hinsichtlich der (Auslegung und) Durchführung des Pariser Vertrags im Verhandlungsweg beizulegen.⁸

Diese Verhandlungen fanden zunächst v. a. in der inneritalienischen Neunzehner-Kommission statt, die in dreijähriger Kleinarbeit konkrete Vorschläge erarbeitete.⁹ Trotzdem dauerten die auf diesem Ergebnis aufbauenden Verhandlungen zwischen Wien, Rom und Bozen noch weitere fünf Jahre, bis 1969 ein Paket aus 137 „Maßnahmen für die Bevölkerungsgruppen Südtirols“ als Verhandlungsergebnis feststand. Die Umsetzung dieses Pakets nach Maßgabe des zeitgleich als Fahrplan akkordierten Operationskalenders sollte zu einer maßgeblichen Verbesserung des Minderheitenschutzsystems – und damit letztlich zur Beilegung des über die Vertragsdurchführung entbrannten Streits – führen. Dieser Vorgehensweise stimmten in der Folge die Landesversammlung der *Südtiroler Volkspartei (SVP)*, der *Tiroler Landtag*, das italienische Parlament und der österreichische Nationalrat zu.¹⁰

Die umsetzungsbedürftigen Paketmaßnahmen dienten nach österreichischer Auffassung der Durchführung des Pariser Vertrags, nach italienischer Auffassung handelte es sich dagegen um freiwillige Maßnahmen. Fest steht, dass weder das Paket noch der Operationskalender völkerrechtliche Verträge sind, da Italien einen Vertragsabschluss ablehnte. In der Lehre wurde aber überzeugend dargelegt, dass das Paket doch völkerrechtlich verankert ist.¹¹

In Umsetzung der Paketmaßnahmen Nr. 1–97 wurde das Erste Autonomiestatut mit VerfG Nr. 1 vom 10. November 1971¹² abgeändert. Nach einer weiteren, nicht in Umsetzung des Pakets ergangenen Änderung mit VerfG Nr. 1 vom 23. Februar 1972¹³ wurde das so erneuerte Statut – auf der Rechtsgrundlage des Art. 66 VerfG Nr. 1/1971 – mit Art. 1 DPR Nr. 670 vom 31. August 1972¹⁴ in einen vereinheitlichten Text gegossen. Dieser als Anhang des DPR Nr. 670/1972 abgedruckte Text wird im Folgenden als Zweites Autonomiestatut bezeichnet (ASt. 1972, bei Bezugnahme auf die geltende Fassung auch nur: Autonomiestatut, ASt.).¹⁵

⁸ Vgl. z. B. *Steininger*, Südtirol 395 ff.; *Ermacora*, Südtirol und das Vaterland Österreich (1984) 66 ff.; *Stadlmayer*, Die Südtirolpolitik Österreichs seit Abschluss des Pariser Abkommens, in: Huter (Hg.), Südtirol. Eine Frage des europäischen Gewissens (1965) 474 (474 ff.); *von Egen*, Die Südtirol-Frage vor den Vereinten Nationen (1997) 26 ff. Siehe dazu auch ausführlich unten 2. Teil, A.III.2. und 2. Teil, A.III.3.

⁹ Siehe unten 2. Teil, A.IV.1.

¹⁰ Siehe dazu ausführlich unten 2. Teil, A.IV.2. (und insb. 2. Teil, A.IV.2.b)ee) sowie 2. Teil, A.V.

¹¹ V. a. *Zeller*, Das Problem der völkerrechtlichen Verankerung des Südtirol-Pakets und die Zuständigkeit des Internationalen Gerichtshofs (1989) (Besprechung von *Streinz* in AVR 1992, 271–273). Dazu unten 2. Teil, A.VI.

¹² GA Nr. 3 vom 5. 1. 1972.

¹³ GA Nr. 63 vom 7. 3. 1972. Siehe dazu unten 2. Teil, A.V.2.b) (bei Fn. 627).

¹⁴ GA Nr. 301 vom 20. 11. 1972.

¹⁵ Siehe dazu insb. unten 2. Teil, B.II.1.